

Presseaussendung

Großwarasdorf/Veliki Borištof – Wien/Beč, 13.9.2025

Redaktion: Innenpolitik, Volksgruppen

Gedenkveranstaltung: 25 Jahre zweisprachige Ortstafeln im Burgenland | 25 ljet dvojezične seoske table u Gradišću - Volksgruppenpolitik im europäischen Kontext | Narodnosna politika u europskom kontekstu

Großwarasdorf/Veliki Borištof, 12. September 2025 – Das Österreichische Volksgruppenzentrum (ÖVZ) und die Gemeinde Großwarasdorf/Veliki Borištof luden zur Jubiläumsveranstaltung „25 Jahre zweisprachige Ortstafeln im Burgenland- 25 ljet dvojezične seoske table u Gradišću“ ein.

Am Standort der ersten zweisprachigen Ortstafel, die im Juli 2000 in Großwarasdorf/Veliki Borištof aufgestellt wurde, gedachten Bürgermeister Martin Karall, ÖVZ-Generalsekretär Josef Buranits, Bundesminister a.D. Niki Berlakovich sowie Altbundeskanzler Wolfgang Schüssel diesem historischen Meilenstein.

Bürgermeister Karall betonte die Bedeutung der Ortstafeln für die kroatische Volksgruppe und hob hervor, dass damit das Bekenntnis des Staates zu seinen Volksgruppen und zur Mehrsprachigkeit sichtbar wurde. Josef Buranits erinnerte daran, dass die Aufstellung der Tafeln eine große Erleichterung darstellte und dass der jahrelange, aktivistische Protest – insbesondere durch die aktivistische Jugend und den Kroatischen Akademischen Klub/ Hrvatski akademski klub – letztlich Früchte getragen habe.

Niki Berlakovich schilderte die damaligen politischen Widerstände und wies darauf hin, dass trotz eines einstimmigen Beschlusses des Volksgruppenbeirats sieben Jahre lang keine Umsetzung erfolgte. Erst die Regierung unter Bundeskanzler Schüssel setzte die Aufstellung durch. „Es zeigte sich, dass die Bevölkerung des Burgenlandes der Aufstellung deutlich aufgeschlossener gegenüberstand als manche burgenländischen Politiker – öffentliche Proteste blieben vollständig aus.“

Schüssel selbst lobte die Zusammenarbeit mit dem damaligen Landeshauptmann Karl Stix und kritisierte, dass die Republik trotz staatsvertraglicher Verpflichtung über 45 Jahre für die Umsetzung benötigte.

Musikalisch begleitet wurde die Veranstaltung von Schülerinnen und Schülern der Neuen Mittelschule Großwarasdorf/Veliki Borištof. Im Unterricht hatten sie sich mit Volksgruppenrechten beschäftigt, thematische Schilder gestaltet und diese präsentiert.

Im Rahmen der anschließenden Podiumsdiskussion standen die Themen Sichtbarkeit der Sprache, Bildung und Amtssprache im europäischen Kontext im Mittelpunkt. ÖVZ-Präsident Marian Wakounig eröffnete den internationalen Teil der Veranstaltung mit den Worten: „Die zweisprachigen Ortstafeln sind sichtbare Zeichen. Sie erinnern uns täglich daran, dass Sprache, Kultur und Identität Teil unserer gemeinsamen Geschichte und Zukunft sind. Sie sind Symbole der Anerkennung – aber auch der Verpflichtung: Volksgruppenrechte dürfen kein Randthema sein, sondern müssen als Fundament einer gelebten Demokratie verstanden werden.“

Julian Nyča von den Lausitzer Sorben stellte Initiativen zur sichtbaren Zweisprachigkeit in der Lausitz vor – darunter zweisprachige Beschriftungen auf öffentlichen Gebäuden, Bahnhöfen und Radwegen. Er lobte, dass auch im Burgenland einige Gemeinden zweisprachige Straßennamen eingeführt haben.

Der Jurist und Experte für internationales Volksgruppenrecht Roman Roblek, ein Kärntner Slowene, moderierte die Diskussion und zog auch Vergleiche zur Situation der slowenischen Volksgruppe in Kärnten.

Die kulturelle Vielfalt, die durch die Volksgruppen in Österreich über Generationen hinweg gepflegt wurde, wurde von den Redner:innen mehrfach als wertvoller Bestandteil der österreichischen Identität hervorgehoben.

Josef Buranits forderte eine offensive Sprachenpolitik von Bund und Ländern, um das Überleben der Volksgruppensprachen zu sichern. Artikel 7 des Staatsvertrags reiche dafür nicht aus, da er nur Mindestbestimmungen zum Schutz und zur Gleichstellung in verschiedenen Bereichen beinhaltet. Besonders wichtig sei Bildung, insbesondere ein zweisprachiges Schulwesen in Wien – „vom Kindergarten bis zur Matura“. Auch die pädagogische Ausbildung der Elementarpädagog:innen müsse das Konzept der Mehrsprachigkeit beinhalten. Gefordert wurde die Überarbeitung des veralteten Volksgruppengesetzes und ein gemeinsamer Sprachenentwicklungsplan für das Burgenland wäre ein weiterer wünschenswerter nächster Schritt.

Landesrat Heinrich Dorner verwies auf die im Regierungsprogramm verankerten Volksgruppenthemen und betonte auch die gemeinsame Lösung von täglichen Herausforderungen, etwa durch den geänderten Busfahrplan zur besseren Erreichbarkeit der zweisprachigen Mittelschule in Großwarasdorf/Veliki Borištof.

Parlamentspräsident a.D. Andreas Khol, berichtete über seine damalige indirekte Unterstützung für Rechtsanwalt Vouk im Kampf um zweisprachige Ortstafeln, um diese vor den Höchstgerichten einklagen zu können. Vor allem unterstrich er die Bedeutung frühkindlicher mehrsprachiger Erziehung und verwies auf positive persönliche Erfahrungen in seiner Familie.

Martha Stocker aus Südtirol betonte, dass es positive, klare rechtliche Grundlagen seitens des Staates bedarf und gleichzeitig der Wille zur Sprachweitergabe in der

Volksgruppe vorhanden sein muss, um gemeinsame Strategien für die Zukunft zu entwickeln.

Zum Abschluss rief Wolfgang Schüssel dazu auf, dass Volksgruppen übergreifende Netzwerke bilden, gemeinsame Prioritäten setzen und neue Vorschläge erarbeiten sollten, um dann gemeinsam politische Mehrheiten zu gewinnen.

Als symbolisches Zeichen überreichten die Veranstalter den Podiumsteilnehmer:innen die neue Publikation „Die Geschichte der Burgenländischen Kroaten“, um das Wissen über die kroatische Volksgruppe weiter zu vertiefen.

Rückfragehinweis:

Österreichisches Volksgruppenzentrum
Teinfaltstraße 4, 1010 Wien

Mag. Josef Buranits, LL.M.

Telefon: +43 1 533 1504

Mail: kontakt@oevz.org

www.oevz.org